Pressemitteilung vom 02.02.2024
der internationalen Menschenrechtsorganisation UNITED FOR FREEDOM
zur Gefahr für Menschenrechtsverteidiger im besonderen Maße in Polen

Freier Journalist & Menschenrechtsverteidiger wegen Führens eines Angriffskrieges angeklagt!

Der Kampf um Meinungshoheit hat in dem Zensurland Polen, wo jede kritische Meinung im Internet zensiert und ohne *Virtual Private Network* (VPN) keine Recherche möglich ist, ein neues Ausmaß angenommen.

Der für **UFF** tätige Menschenrechtsverteidiger & freie Journalist Udo Leibmann wurde in Polen wegen des **Beginnens und Führens eines Angriffskrieges** nach Artikel 117 § 1 des polnischen Strafkodexes angeklagt. **Ihm drohen damit Freiheitsstrafen von mindestens 12 Jahre, 25 Jahre oder lebenslänglich**. Sein Einsatz für den Frieden und seine kritische Stimme zum Verhalten und der Beteiligung Polens am Ukraine Konflikt führten schon vor ca. einem Jahr zu einem Ermittlungsverfahren wegen "Billigung und Begünstigung eines Angriffskrieges"! Nachdem die Quellen und Nachweise seiner Aussagen den Tatvorwurf eindeutig widerlegten, wurde dieser nicht weiterverfolgt. Dies änderte sich direkt nach dem Regierungswechsel in Polen, denn es fand umgehend eine "Neubewertung" des Falles und die Erhebung der Anklage in Rekordzeit statt:

- Die von Udo Leibmann vorgelegten Belege und Quellen, u.a. von Jacques Baud, dem Zuständigen für die Bekämpfung der Proliferation von Kleinwaffen bei der NATO, der an den NATO-Missionen in der Ukraine beteiligt war oder General a.D. Harald Kujat, dem ehemaligen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses und somit höchsten Repräsentanten der NATO, spielen für die Staatsanwaltschaft plötzlich keine Rolle mehr.
- Stattdessen stützt sich die Staatsanwaltschaft auf ein fragwürdiges Gutachten des Prof. Michał Urbanczyk von der Universität Adam Mickiewicz in Posen, der sich als politischer Falke auf seinem Facebook-Profil für einen Angriffskrieg gegen Russland

UNITED FOR FREEDOM Ltd. by guarantee
132-134 Great Ancoats Street Unit 620
Manchester; England M4 6DE

Companies House Cardiff - United Kingdom
Company Number: 13594830
Company UTR: 17065 00318

Director International Affairs and Media / Chief Executive Officer
Udo Christian Leibmann

Headoffice Contact
Phone +44 2 03 80 700 80

Mail
UFF office@uff-org.com
UFF-TV office@uff-tv.com

Web
UFF https://uff-org.com
UFF-TV https://uff-tv.com

Germany Contact & Post Address
Phone +49 32 21 325 90 09

Postfach 17 01 03
46030 Oberhausen

Poland Contact & Post Address
Phone +48 22 11 898 30
Fax +48 22 11 898 31

Skr. Poczt. 10
PL 56-120 Brzeg Dolny

UNITED FOR FREEDOM is an international Human Rights Organisation that also fights for Consumer Rights as well as Animal & Nature Welfare.
UNITED FOR CHILDREN of UFF is an independent Department for Children's Rights. The CHILDREN'S RESCUE TASK FORCE is part of this Department.
BACK TO NATURE is an independent Animal & Nature Welfare Department of UFF. The slogan of BACK TO NATURE is Just Science, No Ideology!
UFF•TV is the Department for independent Media in relation to Human Rights as well as Animal & Nature Welfare.

stark macht, die Friedensbemühungen Scholz & Macron für stark kritisiert und die Tötungen von Ukrainern im Donbas in dem Jahren 2014-2022 in Frage stellt ("angebliche Tötungen").

- Der Tatvorwurf wurde auf das "Beginnen und Führen eines Angriffskrieges" erhöht.

Udo Leibmann wurde in Polen schon mehrmals Opfer willkürlicher Polizeigewalt, zweimal sogar mit fast tödlichem Ausgang. Man hatte hinterher versucht aus dem Opfer den Täter zu machen, dank Videoaufzeichnung und vieler Zeugenaussagen aber erfolglos. Auch die vielen Erfolge im Kampf für die Kinder- und Menschenrechte in drei Ländern und die dadurch eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Richter, Staatsanwälte und Polizisten, führten zu wiederholten willkürlichen Anklagen und dem Versuch ihm eine Straftat unterzuschieben.

Wie schon der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments im März 2023 in dem Dokument PE739.386 festgestellt hat, wurden alleine im Jahr 2021 358 Menschenrechts-verteidiger wegen ihrer Arbeit getötet. "Zu den häufigsten Risiken gehören: willkürliche Inhaftierung (gelegentlich für längere Zeiträume), Folter, falsche Anschuldigungen und Verurteilung wegen strafrechtlicher Anschuldigungen, Verleumdung, politische Maßnahmen und Rechtsvorschriften, mit denen ihre Arbeit aus „Sicherheitsgründen" eingeschränkt wird,"*

Für Rückfragen steht Ihnen RA Matuschczyk Verfügung:

Telefon: +49 (0) 5 11 – 35 77 98 88
Mail: info@matuschczyk.com

*https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/739386/EPRS_ATA(2023)739386_DE.pdf